

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

10. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Aufdeckung der bayerischen Putschpläne

Rupprechts Kabinett war schon fertig. - Der Führer der Reichswehr wollte neutral bleiben.

Nürnberg, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett der monarchistischen Hochverräter in Bayern war schon vollkommen fertig. Die Organe der Sozialdemokratischen Partei und der Demokratischen Partei in Nürnberg sind heute morgen in der Lage gewesen, die vollkommene Ministerliste zu veröffentlichen. Der Kabinettschef der etwas verstrübten Majestät, der Freiherr von Soden, sollte Ministerpräsident werden, für das Innere war der frühere Landwirtschaftsminister Freiherr von Frankenstein vorgesehen, für Unterricht und Kultus der Geldgeber der Monarchisten, Herr von Gramer-Klett, der aus einer alten Nürnberger Industriellenfamilie stammt, von deren Tradition er freilich gründlich abgewichen ist. Für die Finanzen war ein höherer Beamter, Neumann, für die Justiz ein Herr von der Pforten, aus einer alten Beamtenfamilie, für den Krieg der frühere Reichswehrgeneral von Mühl vorgesehen, der ja schon als Stürzer des Kabinetts Hoffmann-Kaiferslauterz keine Fähigkeit zum Putschgeneral bewiesen hat. Zum Pressechef der neuen Regierung war der Redakteur Schwadt vom „Frankischen Kurier“, heute das extreme monarchistische Organ Bayerns, früher das freisinnige Hauptorgan des Landes, ausersehen.

Das „Hauptquartier“ der neuen Regierung war nach Nürnberg verlegt worden, wo ein Herr Garais, ein ehemaliger Monarchist, verbissener Gegner des Reichsbanners und aller sonstigen republikanischen Bestrebungen und Abzeichen als Polizeipräsident die „Ordnung“ gegen den Oberbürgermeister Cuppe und die der überwiegenden Mehrheit nach republikanischen Bevölkerung aufrechterhält.

In den Beratungen der monarchistischen Oberverräter in Nürnberg soll auch der frühere Kriegsminister Krafft von Delvaux teilgenommen haben.

Rupprechts Putschpläne im Jahre 1924.

Die Teilnahme Rupprechts von Wittelsbach an den Plänen der bayerischen Hochverräter ist nicht abzuleugnen. Im Zusammenhang mit seinem neuesten Putschplan werden von demokratischer Seite Enthüllungen über seine Beteiligung an Putschplänen aus dem Jahre 1924 vorgebracht, die seine Rolle als Haupt und Antreiber der Staatsverräter beleuchten.

Die „Frankfurter Zeitung“ begnügt sich in ihrer Ausgabe vom Montag abend noch mit Andeutungen. Sie schreibt:

Wir haben heute nicht Zeit und Raum für einen eingehenderen Rückblick auf eine Reihe zum Teil jedenfalls zweideutiger und zum Teil auch eindeutiger Handlungen des bayerischen Kronpräsidenten. Wir begnügen uns hier mit dem Hinweis auf die Staatsverräterpläne, die gerade vor einem Jahr, im November 1924, Bayern in Unruhe versetzt haben. Von den wirklichen Vorgängen hinter den Kulissen ist damals wenig bekannt geworden; aber das kann vielleicht jetzt einmal nachgeholt werden. Jedenfalls glauben wir zu wissen, daß es den Beratern des früheren Kronprinzen damals nicht ganz leicht fiel, seine Ungebuld zu zügeln. Wir können uns deshalb auch nicht der Rücksichtnahme anschließen, mit welcher die Persönlichkeit, deren Mitteilungen wir heute morgen veröffentlicht haben, es so hinstellt, als ob möglicherweise die Freunde des „hohen Herrn“ auf eigene Faust und Verantwortung gehandelt hätten. Das glauben wir nicht. Es wäre besonders unwahrscheinlich bei dem Grafen Soden, dem sogenannten „Kabinettschef“ des Kronprinzen Rupprecht. Wir glauben auch nicht, daß die politische Urteilsfähigkeit des Kronprinzen und die seiner führenden Berater sehr verschieden voneinander sind.

Inzwischen aber hat Emil Ludwig bei der gestrigen Revolutionsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Berlin die Aufhellung der Vorgänge aus dem Jahre 1924 nachgeholt:

„Er stellte mit, daß vor genau einem Jahre in München der Plan bestanden habe, mit einfacher Stimmenmehrheit im Landtag den früheren Kronprinzen Rupprecht zum Staatspräsidenten von Bayern zu wählen. Durch diktorische Maßnahmen sollte er dann die Monarchie in Bayern wiederherstellen. Damals habe ein deutscher Reichsminister dem Kronpräsidenten die Zusicherung gegeben, daß die Reichswehr sich in diesem Falle neutral verhalten und nicht marschieren werde. (Stürmische Zurufe: Namen nennen! Schreit! Ein Demokrat?)“

Den Namen des betreffenden Ministers, so lächelte Ludwig weiter aus, könne er aus politischen Gründen erst in einigen Tagen nennen. Aber ein Demokrat ist es gewesen, der den Plan zu Fall gebracht habe. Dr. Cuppe, der Oberbürgermeister von Nürnberg, habe von der Sache erfahren, sich sofort nach Berlin begeben und dem Reichspräsidenten Mitteilung von dieser Zusicherung gemacht. Ebert habe den bayerischen Putschisten darauf in sehr deutlicher Weise zu verstehen gegeben, daß der betreffende Minister diese Abmachung ganz persönlich getroffen hätte, und daß das Reichskabinett nicht davor stehen werde, wenn die Pläne der bayerischen Legitimisten durchgeführt würden.“

Angeichts dieser Enthüllungen wäre jeder Vertuschungsversuch ein Verbrechen. Es muß nunmehr in aller Öffentlichkeit mit allen Einzelheiten und allen Namen festgestellt werden, welche tatsächlichen Vorgänge diesen Enthüllungen zugrunde liegen.

Und dann hat der Oberreichsanwalt das Wort.

Die Regierung weiß nichts. - Treibereien bei der Reichswehr?

Zu den Enthüllungen Emil Ludwigs erklärt die Reichsregierung, daß ihr von den darin behaupteten Vorgängen nichts bekannt sei.

Heutige Münchener Blätter melden, daß im Auftrag Rupprechts General v. Moehl und Professor Bauer auch mit dem Befehlshaber der bayerischen Reichswehrodivision, General Arch v. Kressenfeld, verhandelt habe und daß dieser entgegenkommende Erklärungen abgegeben haben soll, nämlich, daß, wenn die Rupprecht-Leute ihre Pläne „loyal“ durchzuführen versuchten, die Reichswehr nichts dagegen unternehmen würde. Da diese Münchener Meldungen erst heute gegen Mittag in Berlin bekannt geworden sind, war eine Klärung des Reichswehrministeriums darüber noch nicht herbeizuführen.

Reichseinheit und Fürstendynastien.

Rupprecht von Wittelsbach will König werden. Er pfeift auf die Reichseinheit. Seine dynastischen Interessen gehen ihm über die Lebensinteressen des deutschen Nationalstaates.

Eben jetzt erscheint das Kriegstagebuch Friedrichs III., herausgegeben von Dr. H. D. Weisner (Verlag R. F. Koehler). In diesem Tagebuch finden sich Aufzeichnungen über das Verhalten Wilhelms I. vor der Kaiserproklamation in Versailles, die ein großes Schlaglicht auf das Verhältnis der Dynastie Hohenzollern zum deutschen Nationalstaat werfen. Es heißt dort:

„Je deutlicher sich nun aber die Konsequenzen von „Kaiser und Reich“ im Lauf der Verhandlungen zeigten, desto aufgebracht wurde der König. Schlechtlich brach er in die Worte aus, nur ein Scheinkaiserium übernehme er, nichts weiter als eine andere Bezeichnung für „Präsident“; er müßte sich mit einem Major vergleichen, dem der „Charakter als Oberfeldherr“ verliehen worden sei. Nun es so weit gekommen wäre, müßte er zwar dieses Kreuz tragen, doch wolle er dafür auch der alleinige sein, weshalb er sich verbiete, daß man von ihm erwarte, der preussischen Armee eine gleiche Zumutung wie seiner eigenen Verlon zu machen; er wolle daher nichts von einem „kaiserlichen Heere“ hören, weil er wenigstens unsere Armee vor dergleichen bewahren möchte und nicht dulden könnte, daß die Truppen gar „deutsche“ Namen und Bezeichnungen sich gefallen lassen müßten. Die Marine möge die „kaiserliche“ genannt werden. Ferner sagte er in äußerster Aufregung, er könne uns gar nicht schildern, in welcher verzweifeltsten Stimmung er sich befände, da er morgen von dem alten Preußen, an welchem er allein festhielt und fernherhin auch festhalten wolle, Abschied nehmen müßte. Hier unterbrachen Schützen und Weinen seine Worte. Nun redete ich ihm allen Ernstes gut zu, indem ich auf unsere Hausgeschichte hinwies und kurz schilderte, wie aus dem Burggrafentum die Kurwürde und aus dieser die Krone entstanden sei, wobei die Fürsten doch auch jedesmal genötigt gewesen wären, zu der bis dahin lieggebundenen Stellung eine neue hinzuzufügen, ohne dadurch Land oder Haus zu schädigen. Wenn König Friedrich I. seinerzeit auch nur ein Scheinkönigtum „in“ Preußen geschaffen habe, so weise doch die preussische Geschichte deutlich genug nach, was aus diesem ursprünglichen Scheinkönigtum geworden sei: so mächtig sei es geworden, daß gegenwärtig die alte deutsche Kaiserwürde auf uns übergehe. Der König wies diese doch unleugbaren historischen Tatsachen förmlich zurück und rief in waltender Aufregung aus: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stande der Dinge, während ich mir nicht im Haarbrett daraus mache und nur zu Preußen halte.“ Ich machte ihn noch aufmerksam, daß er sowohl wie seine Nachkommen berufen seien, das gegenwärtig hergestellte Reich zur Wirklichkeit und Wahrheit zu machen - aber vergebens! Im höchsten Zorn sprang der König schließlich auf, brach die Verhandlungen ab und erklärte, von der zu morgen angeetzten Feier nichts mehr hören zu wollen.“

Wilhelm I. war preussischer Partikularist, wie Rupprecht bayerischer Partikularist ist. Nur widerwillig, gezwungen hat er sich dazu verstanden, die Schaffung eines deutschen Nationalstaates hinzunehmen.

Die dynastischen Interessen, die Restaurationspläne der entthronten Fürsten sind eine stete Bedrohung der Einheit Deutschlands. Die Sicherung der deutschen Einheit liegt in der Republik und der Demokratie.

Eine Verschwörung gegen das spanische Direktorium ist aufgedeckt worden. Eine Reihe höherer Marineoffiziere wurden verhaftet.

Das Spiel um China.

Zollautonomie - aber unter unmöglichen Bedingungen.

Von Richard Huelßenbeck.

Die Zollkonferenz, die China nach Peking berufen hatte, ist zusammengetreten und hat die ersten Beschlüsse gefaßt. Die Vertragsmächte, also Amerika, England, Japan und Frankreich, haben China die Zollautonomie im Prinzip zugestanden. Es sind von den verschiedenen Delegierten der Mächte Reden gehalten worden, in denen die schwierige Lage Chinas gewürdigt wird und in denen man dem bedrängten Lande seine Sympathie ausgesprochen hat.

Der Vertreter Amerikas hat vorgeschlagen, daß man China sofort gestatten soll, den Zollfuß auf Gebrauchswaren von 5 Proz. auf 7 1/2 Proz. hinaufzusetzen, daß eine weitere Erhöhung der Zollsätze nach drei Monaten eintreten soll und daß China dann im Jahre 1929 die volle Zollfreiheit für sich in Anspruch nehmen dürfe.

Allerdings knüpft sich an diese Vorschläge eine Bedingung, die China nur erfüllen könnte, wenn es im Besitz einer zentralen Regierung wäre und wenn diese Regierung die Macht hätte, ihre Anordnungen auch in den entlegenen Teilen des ungeheuren Landes durchzusetzen. Diese Bedingung ist die Abschaffung des sogenannten Vitin, der chinesischen Binnenzölle.

Dieser Vitin ist nun eine Einrichtung, deren Bestand aufs engste mit der politischen Verwirrung in China zusammenhängt und deren Abschaffung von China schon auf der Konferenz von Washington verprochen wurde, ohne daß es imstande gewesen wäre, dieses Versprechen zu halten. Das kommt daher, daß die Binnenzölle von den zahlreichen Militär-macht-Abern benutzt werden, um sich Einnahmen zu verschaffen. Eine Beseitigung der Binnenzölle setzt eine Beseitigung der durch die Generale vertretenen und sich bekämpfenden Machtgruppen voraus. Daß das unmöglich ist, weiß jeder, der die Verhältnisse in China etwas genauer kennt.

Es scheint also, daß die Mächte in ihrer Behandlung Chinas genau so nach dem alten Prinzip vorgehen, indem sie nämlich eine Forderung der Festeln Chinas von Bedingungen abhängig machen, die das Land zu erfüllen nicht imstande ist.

In dieser Ansicht wird man bestärkt, wenn man die Veränderung der Machtverhältnisse beobachtet, die seit der Eröffnung der Konferenz in China eingetreten ist. Der General Wupeifu, den man als den Statthalter des alten China ansieht, obwohl er sich selbst als einen liberalen Mann bezeichnet, hat nämlich einen überraschenden Vorstoß nach Norden gegen die Truppen Tschangholins gemacht. Dabei ist es ihm gelungen, Schanghai zu entsetzen und nach neuesten Nachrichten soll er sogar den Jangtse hinauf bis nach Hankau gedrongen sein.

Dieser Vorstoß ist nun ganz offensichtlich eine Unternehmung der Engländer. So wie Tschangholin ein Exponent der Japaner ist, ist nämlich Wupeifu ein Vertreter englischer Interessen. Man darf das allerdings nicht in dem Sinne nehmen, als ob sich Wupeifu öffentlich für England einsetzte, das ist bei der ganzen Lage der Dinge in China nicht möglich, aber die Lage seines Machtbereichs am mittleren Jangtse und seine Neigung für das alte China machen ihn zum Werkzeug Englands geeignet. Es ist gar kein Zweifel, daß er von England Geldmittel bekommt. Diese Anschauung wird aufs deutlichste bestätigt, wenn man hört, daß Wupeifu sogleich nach seinem Siege erklärt hat, daß er aus „nationalen Gründen“ einen Abbruch der Zollkonferenz wünsche. Aus diesem frommen Wunsch, der den Anstrengungen aller Patrioten in China ins Gesicht schlägt, kann man deutlich erkennen, auf welcher Seite Wupeifus Sympathien sind. Denn nur England hat ein Interesse an dem Abbruch der Zollkonferenz.

England hat seine ganze Stellung gegenüber China auf die Verträge aufgebaut, die es seit dem Jahre 1842 mit China geschlossen hat. Das Jahr 1842 schloß den berüchtigten Opiumkrieg ab, vielleicht eine der perfidesten Gewalttaten, die in der neueren Geschichte von einem Volke einem anderen zugefügt wurden.

Alle anderen Verträge, die England mit China schloß, reihen sich dem Vertrag von 1842 würdig an. Es ist eine ununterbrochene Reihe von Erniedrigungen, die China über sich ergehen lassen mußte.

Die Hauptpunkte dieser Verträge bestanden darin, daß England sich Landkonzessionen in China sicherte, und daß es sich durch einen möglichst niedrig angelegten Zoll China als Markt für seine Waren offenhielt. So kam die berüchtigte Abmachung heraus, die es China nicht gestattete, mehr als 5 Proz. des Warenwertes für sich als Zoll zu verlangen, eine Tatsache, die die Hauptursache des Verfalls der chinesischen Finanzen darstellt. Es handelte und handelt sich heute noch für England in der Hauptsache um den Abschluß seiner Textilfabrikate, die in Lancashire und Kanada hergestellt werden.

Der Vitin, der chinesische Binnenzoll, ist dabei dem Absatz der englischen Waren nur nützlich gewesen, und er wurde um so nützlich, je stärker sich eine eigene chinesische Industrie entwickelte. Denn während die Engländer und damit natürlich auch die anderen Mächte, denen China nach dem Prinzip der Meistbegünstigung die gleichen Rechte zugestehen mußte, den Vitin durch einen kleinen Aufschlag auf den Zoll ablösen und ihre Waren frei im Lande kursieren lassen konnten, konnte der chinesische Kaufmann das keineswegs. Er blieb an den Vitin gebunden. So kam es dann, daß die englischen Waren in China billiger waren und heute auch noch billiger sind als die chinesischen. Mit einer Beseitigung des Vitin würde sich

das Verhältnis wahrscheinlich umdrehen, das heißt, die englischen Waren würden teurer werden als die chinesischen.

Schon daraus geht hervor, daß England und die Mächte gar kein wirkliches Interesse an der Abschaffung des Zolls haben können. Die Ansicht, daß die Beseitigung der Binnenzölle nur verlangt haben, weil diese Beseitigung den Chinesen un n ö t i g i s t, gewinnt deshalb an Berechtigung.

England hat das größte Interesse daran, daß die alten Verträge aufrechterhalten bleiben. Denn nur mit den alten Verträgen kann es seinen Import nach China fortsetzen und seine Industrie erhalten. Während es gezwungen ist, durch seine Vertreter auf der Konferenz den Chinesen keine Sympathie auszusprechen, arbeitet es im Stillen an einer Verschleppung der Konferenz und an einer Annullierung ihrer Beschlüsse. Das zeigt der Vorstoß des Generals Wupeifu.

Er zeigt aber auch, daß England sich auf der Zollkonferenz in einer gewissen Isolation befindet, nur daß es diesmal keine „splendid isolation“ ist. Denn obwohl auch die anderen Vertragsmächte China gegenüber nicht mit offenen Karten arbeiten und die Bedingung, an die sie die Zollautonomie geknüpft haben, deutlich zeigt, daß sie von der Peking-Konferenz dasselbe erhoffen, wie von der Washingtoner, nämlich, daß sie im Sande verläuft, verschließen sie sich doch nicht in dem Maße wie England der Erkenntnisse einer veränderten Lage.

Amerika sowohl wie Japan und Frankreich haben in dem Spiel, das augenblicklich in Peking gespielt wird, bessere Karten als England. Es brennt ihnen nicht auf den Nägeln, sie können länger warten. So kommt es, daß sie das liberale Auftreten haben. Dieser Liberalismus wird aber niemals weitergehen, als bis sie fürchten müßten, eine wirtschaftliche Schädigung zu erleiden.

Das gilt vor allem von Amerika, das trotz seiner phantastischen Geldmittel niemals auch nur einen Cent seiner Interessen preisgegeben hat. Man muß sich dabei des Schilp-Vertrages erinnern, eines Vertrages, der während des Krieges zwischen Japan und Amerika abgeschlossen wurde und in dem Amerika den unerhörten Forderungen Japans in bezug auf China ohne langes Sperren nachgab.

Die Amerikaner haben aber den Chinesen niemals sichtbares Unrecht zugefügt wie die Engländer. Sie sind durch keinerlei Landkonzessionen gebunden. Ihre Bindungen sind rein wirtschaftlicher Art. Das unterscheidet ihre Lage ganz wesentlich von der der Engländer, denen Hongkong und Weihaiwei gehört. Die neueste Wendung der Dinge ist die, daß die Japaner deutlich von den Engländern ab r ü c k e n. Die Japaner waren die ersten, die auf die Einladung der Chinesen nach Peking antworteten, und zwar antworteten sie in besonders freundlichem Tone. Sie übersehen dabei geflissentlich, daß die ganze nationale Bewegung in China ihren jüngsten Aufschwung durch das Unrecht erhielt, das den chinesischen Arbeitern in den japanischen Textilfabriken in China angetan wurde. Sie übersehen dabei jedenfalls den ungeheuren Schaden, den der Boykott ihrer Produkte ihnen täglich und stündlich brachte. Sie taten so, als ob nichts passiert sei. Es schien, als wollten sie die Politik der Anfu-Partei wieder aufwärmen, die schon einmal in China für japanische Interessen eingetreten war. Wie dem auch sei, sie erreichen es, daß die japanischen Waren heute in China nicht mehr boykottiert werden. Der Boykott richtet sich heute allein gegen England.

Japan hat sich von England getrennt. Infolge der Isolierung, in der England sich befindet, wird es in bestimmten Punkten nachgeben müssen. Die Art des neuesten englischen Vorgehens beweist, daß man die Lat vom 30. Mai in Shanghai als einen großen Fehler erkannt hat und daß man beginnt, sich mit einem Zurückweichen vertraut zu machen.

Amerika, Japan und Frankreich werden andererseits nicht gern auf die moralische Höhe verzichten wollen, die ihnen ihre überlegene Stellung gestattet. So wird bestenfalls für China ein Kompromiß herauskommen.

Der Zwang zum Einheitsstaat.

Ein Vortrag des preussischen Finanzministers.

In der Berliner Handelshochschule hat gestern der preussische Finanzminister Höpfer-Kisch in einem interessanten Vortrage über die praktische Auswirkung des augenblicklichen Steuer-Systems auf Industrie und Handel seine Auffassungen über den Zwang zum Einheitsstaat entwickelt. Höpfer-Kisch ging davon aus, daß die Dreiteilung der Steuerverwaltung auf die Dauer eine unerträgliche Belastung der Wirtschaft sei. Eine Vereinfachung des ganzen Systems sei nur möglich im Einheitsstaat. Ein erster Fortschritt sei das Reichsbewertungs-gesetz. Es sei notwendig, eine Entwicklung anzustreben, bei der die einheitliche Steuerverwaltung und Erhebung durch die Finanzämter gesichert werde, wenn dabei den Landesbehörden und den Gemeinden ein Einfluß auf das Veranlagungsgeschäft gesichert werde. Wie beim Reichsbewertungsgesetz müsse die Landesverwaltung und die Selbstverwaltung auch in das Veranlagungsgeschäft bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeschaltet werden. Höpfer-Kisch erklärte:

„Das Ziel der Vereinfachung des materiellen Steuerrechts und die Veranlagung aller direkten Steuern durch eine Stelle wird auf diesem Wege noch nicht voll erreicht werden. Die Wirtschaft muß sich darüber klar sein, daß dieses Ziel nur durch eine Umgestaltung der bundesstaatlichen Verfassung erreicht werden kann, und darum sollte die Wirtschaft und solche Gremien wie die Industrie- und Handelskammern dieser Frage eine viel größere Aufmerksamkeit widmen, als es bisher geschehen ist. Denn für die Entlastung der Wirtschaft, die heute unter einer Fülle von Steuern leidet, ist nicht nur die Reform einer allgemeinen Verwaltung, sondern auch die Reform der Staatsverwaltung von der allergrößten Bedeutung, und beide Reformen werden zu einem glücklichen Ende nur geführt werden können, wenn die bundesstaatliche Verfassung im Sinne des Einheitsstaates umgestaltet wird.“

Die gleiche Einsicht wird sich unter dem Zwang der Verhältnisse auf die Dauer auch weiteren Kreisen mitteilen. Der Zwang zur Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung, zur Ueberwindung der konterrevolutionären Beharrungszustände unseres öffentlichen Lebens kommt von der Finanzseite her. Dieser Zwang wird so stark sein, daß die ältesten Populäre ihn nicht werden widersehen können.

Justizskandal ohne Ende.

Der neue Ankläger der Thüringer Ordnungsgewalt.

Jena, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem Hin- und Her der Oberstaatsanwaltschaft Frieders in Weimar hat sich die thüringische Regierung schnell nach einem neuen Mann umgesehen und sie hat ihn gefunden in dem Exzellenz-Staatsanwalt der Strafabteilung des Landgerichts in Sonneberg, Geheimrat Dr. Luge. Er ist zum Nachfolger des Oberstaatsanwalts Frieders bestimmt worden.

Dr. Luge ist noch aus der Vorkriegszeit als besonders scharf gegen die Sozialdemokratie bekannt. Nicht ihn das schon in den Augen der thüringischen Ordnungsgewalt beliebt, so kommt noch die Tatsache hinzu, daß seine Eignung für diesen Posten über jeden Zweifel erhaben ist: Luge war nämlich Direktor der Meiningischen Landeskreditkasse und wurde bei der Ueberführung dieses Instituts in die thüringische Staatsbank von dem damaligen Staatsbankpräsidenten Loeb der Regierung zur Verfügung gestellt.

Nun läuft noch das Verfahren wegen angeblicher Untreue gegen Loeb, die letzte Hoffnung der augenblicklichen Nachfolger in Thüringen, Loeb doch noch etwas am Zeuge stellen zu können. Dr. Luge ist scheinbar von allen thüringischen Staatsanwältinnen der einsigste, der über eine „banktechnische Erfahrung“ verfügt — ist er nicht geradezu vom Schicksal bestimmt, das Untreueverfahren gegen Loeb durchzuführen? Angesichts der einzigen größeren Sache, die bei der Staatsanwaltschaft in Weimar in Bearbeitung ist, nämlich das Untreueverfahren gegen Loeb, ist die Bestallung des Dr. Luge ein neuer Skandal in der thüringischen Justizgeschichte.

Die belgischen Provinziallandtagswahlen führten zu einem sozialistischen Erfolg. Soweit die Ergebnisse bisher bekannt sind, haben die Sozialisten über 30 Sitze gewonnen.

Die schwebenden Wirtschaftsverhandlungen.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist der von Spanien angeforderte neue Verhandlungsvorschlag bei den deutschen amtlichen Stellen eingetroffen. Der Vorschlag eröffnet Ausichten auf eine Verständigung.

Die Warnmeldungen über eine plötzliche Notlage Spaniens und über die Ansammlung von Vorräten in den spanischen Häfen, die der Gefahr des Verderbens ausgelegt sein könnten, dürften nicht zutreffen. Selbstverständlich wird mit schweren Schädigungen des spanischen Exports infolge des Handelskrieges auf die Dauer gerechnet, und diese Schädigungen werden durch die unvermeidlichen deutschen Gegenmaßnahmen noch verschärft werden. Die Abwehrmaßnahmen sind jedoch noch im Stadium der Erwägung, zumal Spanien selbst neue Verhandlungen gesucht hat.

Der Abschluß des deutsch-italienischen Handelsabkommens ist bisher von den beteiligten Industriekreisen trotz der starken Zollabschlüsse, die Deutschland auf Kunstseide und für Automobile machen muß, recht günstig aufgenommen worden. Es wird sehr darauf ankommen, daß der italienische Vertrag scheinunglos zur Ratifikation dem Parlament vorgelegt wird, da bekanntlich in dem Vertrag selbst die Dauer des Uebergangszustandes bis zum 15. Dezember befristet ist.

Das schweizerische Abkommen, das zunächst der Beseitigung eines vertraglosen Zustandes galt, enthält eine ganze Reihe grundsätzlicher Abmachungen zwischen Deutschland und der Schweiz. Auf beiden Seiten wird die Restbegünstigung gewährt. Die Schweiz hat überdies ihren grundsätzlichen Standpunkt ausgegeben, wonach der Gebrauchszolltarif der Schweiz als unantastbar gelten soll. Für deutsche Waren ist eine Reihe von Zollsätzen zugestanden, so u. a. für Spielwaren, Kartons und Papierwaren, die unterhalb des schweizerischen Gebrauchszolltarifes liegen. Auf deutscher Seite stehen dem ebenfalls eine Reihe von Zugeständnissen gegenüber. Das Abkommen ist jedoch nur als ein Provisorium gedacht. Es soll durch einen endgültigen Vertrag abgelöst werden, für den die Verhandlungen noch im Dezember d. J. beginnen sollen und in dem auch weitergehende Zollregelungen im Interesse des beiderseitigen Warenverkehrs zu treffen sind.

Kurdrückgänge an der Börse.

Die Meldungen über den spanischen Zollkrieg und das belgische Einshverbot für deutsche Kohle verstimmen an der Vorbörse und verursachen Rückgänge am Montanmarkt bis zu 1 Proz. Bei Beginn der offiziellen Börse jedoch lagen Käufe aus dem Rheinlande namentlich auf Rhönitz und Gelsenkirchen vor, die das Niveau alsbald merklich befestigten, zumal bedeutendes Interesse für Vorkapitalien per Dezember vorlag. Die verschiedenen Auslandsaufträge wirkten ebenfalls stimulierend. Erst im weiteren Verlaufe wurde die Börse stiller, wobei die Kurse bis zu 1/2 Proz. sich senkten.

Beamtenwünsche.

Köln, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsbund der höheren Beamten, der in Köln unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Scholz zu seiner diesjährigen ordentlichen Generalversammlung zusammengetreten ist, beschäftigte sich bei dieser Tagung in der Hauptsache mit der Frage der wirtschaftlichen Besserstellung der höheren Beamten. Nach einem Referat des Studienrats Dr. Bohlen fand ohne Aussprache eine Entschließung zur Befoldungsfrage der Beamten Annahme, in der betont wird, daß die gegenwärtige Befoldung der gesamten Beamenschaft völlig unzureichend sei, und die Erwartung ausgesprochen wird, daß das Reich und die Länder umgehend Schritte unternehmen, um der unbefriedigbaren wirtschaftlichen Not der Beamten aller Gattungen abzuhelfen. Der Bundestag fordert weiter, als Eingangsgruppe der höheren Beamten die Gruppe 11 anzusehen und eine allgemeine prozentual gleichmäßige Erhöhung der Grundgehälter sofort vorzunehmen.

Das englische Unterhaus tritt am 16. November wieder zusammen. Die große politische Aussprache über den Vertrag von Locarno soll am 19. November beginnen. Am 18. Dezember geht das Parlament auf zwei Monate in Urlaub.

Das „Attische Mädchen“ — eine echte Antike?

Von Dr. Paul J. Schmidt.

Im Obergeschoß des Alten Museums ist sie provisorisch aufgestellt. Ueberlebensgroß, unverlezt steht sie da, geheimnisvoll grinsend, Beutestück der preussischen Museumsverwaltung und die Kleinigkeit von einer Million Reichsmark. Wir haben es ja dazu. Die Berliner Künstler freuen sich, daß auf ihr Konto nur 100 000 M. kommen, die die Stadt Berlin ihnen an den jährlichen Einkäufen abziehen wird. Sie sind mit einem blauen Auge davongekommen: Anfangs war man so großzügig gewesen, auf Kosten der lebenden deutschen Künstler den ungedeckten Rest in Gestalt einer halben Million zu bewilligen.

Sehen wir uns einmal diesen phänomenalen Marmor näher an, der den preussischen Staat, die Stadt Berlin und eine Anzahl möglicherweise Bankherren in einen so spendablen Laumel verleitet hat. Bevor auch wir Hosianna rufen und innerlich die Kleinigkeit von einer Million (nachträglich) mitbewilligen, möchten wir an die Herren der Museumsverwaltung oder wer sonst an dem Verdienst dieser Erwerbung beteiligt ist, einige Fragen richten, die von dem betroffenen Regierungs- und Kommunalstellen anscheinend vergessen worden sind.

Zur Beantwortung dieser Fragen gehören allerdings dreierlei Kenntnisse: solche der griechischen Frühzeit, der gotischen Skulptur und der modernen Bildhauerei und Fälschertechnik.

Wir erklären die Archäologen so fragante Widersprüche, wie sie sich an der Figur finden, daß einige Merkmale gebundener, archaischer wirken, und andere unbestreitbar entwickelter, als sie bei den uns bekannten griechischen Bildwerken um 500 v. Chr. erscheinen, und einige gar schlecht hin unarchaisch, von einer barbarischen Art, die wir weder ägyptisch, noch assyrisch (oder „mysisch“, was überhaupt nicht in Betracht kommt), sondern deutsch-frühgotisch nennen müssen?

Altertümlicher als die Körperbildung bei den frühattischen Jogananten „Lanten“ usw. sind die Augenbildung, die Grobheit von Nase und Mund, die perückenartigen Haare, das „assyrische“ Profil. Der sehr langweilige Schematismus der Falten und des breiten, bulenlosen Oberkörpers hat auch nicht seinesgleichen unter den bekannten Figuren.

Umgekehrt wirkt fortschrittlicher (und dies in einem bedeutenden Maße) die erstaunlich der Natur abgelesene Detaillierung der Hände und Füße, die freudige Plastizität der Schmuckstücke an Hals, Ohren, Arm, Sandalen, die Troddeln an den Enden des Nischelacetuches; endlich die Eleganz der Taille, die in einer gar nicht archaischen Weise durch den dreieckigen Durchbruch am rechten Unterarm unterstrichen wird.

Frühgotisch (oder spätromantisch) schließlich erscheint das sonderbare starke Grinsen, die Entzung der Fußspitzen, der nadelartige Tritt der simplen Falten von oben bis unten. Wo haben wir solch ein Grinsen gesehen? Nicht bei archaischen Figuren, aber bei dem sogenannten Stephanus der Kammerschloß in Bamberg, bei den Augen Jungfrauen an der Paradiesesportale des Magdeburger Doms. Und vielleicht (beiseite gesprochen) bei etwelchen modernen Gestalten „expressionsistischer“ Färbung, wie etwa bei Hoetger.

Merkwürdig grinsen auch manche griechischen Köpfe aus dem 6. Jahrhundert v. Chr. so ähnlich, wie z. B. auf dem lagaraischen Relief von Herakles und den Kerkopen (Museum von Palermo), oder Redulenhäupter (Beispiel: der schöne Bronzekraier im Münchener Antiquarium). Es ist aber ohne Beispiel, daß ein feierliches Kunstbild bei den Griechen die Augen so frohschlagig aufreißt oder den Mund so gotisch verzieht. Bedeutet man, daß die Steifheit der archaischen Gestalten auf die ruhrvolte, in Ewigkeitsempfindung getauchten Figuren der Ägypter zurückgeht, daß die Entwicklung, soweit wir sie übersehen können, vom absolut Starren und Säulenmäßigen sich zum körperlich und seelisch Angeregten wendet und diese Eröffnung sich ganz allmählich und logisch vollzogen hat, haben wir, so findet man vor den bisher ältesten Beispielen des griechischen Archaismus keinen Punkt, wo ein so krampfartiger Expressionsismus sich etabliert haben könnte.

Wir sind aber noch nicht zu Ende mit unseren Fragen. Ganz und gar rätselhaft sind: das Hiachinthen des linken Daumens unter den Ueberarmen. Dieser Ueberarm selbst, der wie ein Bollwerk aus dem modernen Wintersport annimmt. Das Cervostäppchen, das der Dame aus Haupt gerollt ist, und die äußerst schleierhafte Frisur. Es gibt keine griechische Statue, deren Haar nicht vor dem gewiegtesten Friseur bestehen könnte. Die Wolperücke des Attischen Mädchens könnte lebhaft durch Vergrößerung und Ueberverständnis der frühesten lagaraischen Haartouren erklärt werden, die sehr deutlich ein vom Scheitel ausgehendes melonenförmiges haubenförmig darstellen. Hier aber wird ein unklarer Lambrequin daraus; gewissermaßen eine Stillierung von Bongloden über den ganzen Kopf mit zwei gebakenen Kringlezöpfen rechts und links. Eine solche Frisur soll man aber erst erfinden.

Beinahe das Wichtigste fehlt noch. Wo ist die Figur gefunden, wie war es möglich, sie in so tadelloser Erhaltung auszuheben? In welcher griechischen Landschaft oder Stadt soll sie entstanden sein? Was für eine Göttin (?) stellt sie dar? Ist die Frage beantwortet, die ein Bildhauer öffentlich aufgeworfen hat, ob die Verwitterungsspuren echt sind? Und warum ist nur die rote Farbe der Gewandung so schön erhalten, während wir doch sonst auch Blau, Ocker, Weiß und andere Farben seit zweieinhundert Jahren in Spuren vorgefunden haben?

Die Archäologen haben sich bisher ausgeschwiegen. Hier liegt aber ein Fall von eminent öffentlichem Interesse vor. Können die Archäologen unsere Fragen nicht restlos beantworten, bleiben gewichtige Reste von Zweifel übrig, so wäre das Ergebnis: daß in dem verarmten Deutschland eine Million Reichsmark für die Fälschung einer Antike gezahlt worden sind. Warten wir auf die Antwort der Verantwortlichen.

Maximilian Stabel, Direktor des Berliner Theaters, ist im Alter von 51 Jahren einem schweren Herzleiden erlegen. Eingeweihte müßten, daß zu seiner körperlichen Krankheit große wirtschaftliche Sorgen gekommen waren. Stabel, der stets ein sauberes Geschäftsmann in Theaterangelegenheiten gewesen war, brach unter den Schwierigkeiten der Zeit zusammen. — Stabel hatte in Berlin als Schauspieler am „Deutschen Theater“ begonnen. Das war vor 15 Jahren, und sein sozialer Hang trieb ihn dazu, eifrig für bessere Lebensbedingungen seiner Kameraden einzutreten. So spielte er

innerhalb der „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger“ eine wichtige Rolle. Er wurde auch bald in den Verwaltungsrat der Schauspielergewerkschaft gewählt. Als er dann als Sommerdirektor Blind geholt hatte, trat er auch in die Reihe der ernsthaften und unternehmungslustigen Theaterdirektoren ein. Mit Gertraud Esoldt übernahm er die Direktion des Kleinen Schauspielhauses in der Falanenstraße. In aller Erinnerung ist der Niesenprozeß, in dem er zusammen mit seinen Schauspielern auf der Anklagebank saß, weil Schnäuzler und Reaktionen ihn beschuldigten, durch die Ausführung des Schnäuzlerischen „Reigen“ die öffentliche Moral gefährdet zu haben. Ein glänzender Freispruch bewies, daß in der jungen deutschen Republik noch ein wenig Raum für die Freiheit der Kunst übrig geblieben war. Bald ging Stabel zu größeren Unternehmungen über. Er leitete das Große Schauspielhaus. Die Neue, das modernste Erzeugnis unseres Theaters, bürgerte er dort ein. Und als das Berliner Theater käuflich zu erwerben war, brachte er zusammen mit Edmund Reinhard, dem Bruder von Reinhardts, dieses alte Haus an sich, um die Wiener Operette zu pflegen. Aber trotz der anständigen Kunst, die der fleißige Mann dort betrieb, war er nicht vom Glück begünstigt. Erparnisse aus früheren Erfolgen wurden aufgebraucht und Stabel geriet in Schwierigkeiten. Er war körperlich und seelisch den Aufregungen nicht mehr gewachsen, und so schied er eher aus dem Berliner Theaterleben als seine zahlreichen Freunde es gewünscht hätten.

Studienreise deutscher Studenten nach Amerika. Mit dem Dampfer „Thuringia“ der Hamburg-Amerika-Linie, der in diesen Tagen von seiner letzten Reise nach New York wieder in Hamburg eintrifft, kommt eine Anzahl Kölner Studenten zurück, die vor einigen Wochen zu einer Studienreise nach den Vereinigten Staaten fuhr. Die Reise führte von New York aus nach Boston, Buffalo, Detroit, Chicago, Pittsburg, Washington, Philadelphia und wieder zurück nach New York und gab den Studenten interessante Einblicke in das amerikanische Wirtschaftsleben. Bei allen offiziellen Begrüßungsfeiern und besonders bei den sehr herzlichen Ausdrücken, die der Senatspräsident des Staates Massachusetts, der Bürgermeister von Boston und der Staatssekretär der Landwirtschaft in Washington hielten, wurde die Wichtigkeit solcher Studienreisen für das gegenseitige Verständnis der beiden Länder betont. Deutschland sei nächst England der bedeutendste Abnehmer amerikanischer Erzeugnisse gewesen und müsse diese Stellung auch wieder erlangen. Die Mißverständnisse der letzten Jahre zwischen Amerika und Deutschland hätten aufgehört, und Deutschland, so führte der Staatssekretär der Landwirtschaft aus, werde bald wieder den Platz unter den Wirtschaftsvorkämpfern einnehmen, der ihm auf Grund seiner Vergangenheit und seiner Leistungen gebühre.

Die Langgruppen Bartholomäus Trampus und Graf Pasucca werden in der ersten Lang-Rallye der Reichsbahn E. B. im Theater am Bülowplatz am Sonntag, den 15. November, mittags 11 1/2 Uhr, Langkompositionen ihrer Leiterinnen sowie von Laban, Rein Wismann und Vera Storonek zur Verfügung bringen. Einlasszeiten 1 3/4 in den Verkaufsstellen der Reichsbahn E. B. (Linienstraße 227, Königsplatz 7, Tierische Theaterkassen usw.)

Reichsbahn-Theater am Bülowplatz. Am 15. 11. 23 spielt diese Woche in allen Aufführungen des „Aufwands von Benedig“ die Borzla.

Das Friedensbankett in Guildhall.

Chamberlains Liebesdrunk mit dem deutschen Botschafter.
London, 10. November. (WZB.) In seiner Rede über das Wert von Locarno wandte sich Chamberlain zum deutschen Botschafter Sthamer, der neben Chamberlain saß, mit den Worten: „Als Beweis unseres guten Friedenswillens und unserer Absicht, mit unseren Nachbarn gute Beziehungen aufrechtzuerhalten, gebe ich insbesondere der Freude darüber Ausdruck, heute gemeinsam mit dem deutschen Botschafter aus dem Liebespokal trinken zu können. Mögen unsere Nationen tun, was er und ich heute Abend getan haben. Wir werden im Geiste von Locarno weiter arbeiten für den Frieden der Welt, damit die Zivilisation sich von den Wunden erholen kann, die sie in den letzten Jahren erlitten hat.“

Ministerpräsident Baldwin widmete seine Ausführungen in erster Linie der Innenpolitik, doch streifte er das Wert von Locarno mit den Worten: „Nichts ist wichtiger für die Wiederherstellung der Wohlfahrt des Landes als die Beschleunigung des großen Wertes der Versöhnung und daß sich Chamberlain so große Verdienste erworben hat. Jeder seiner Kollegen ist stolz auf ihn und das verdiente hohe Lob, das ihm von allen Seiten zuteil geworden ist.“

London, 10. November. (WZB.) Der spanische Botschafter Vallin feierte in seiner Amtsansprache im Namen des diplomatischen Korps die Verdienste der verschiedenen britischen Regierungen um den Westfrieden, der „der natürliche Zustand der Menschheit“ sei. Von dem Vertrage von Locarno hoffe er aufrichtig, daß er die Urkunde des europäischen Friedens und des künftigen Weltfriedens für viele Jahre sein werde. Wir sehen Chamberlain zurückkehren, nicht nur als Friedensbringer, sondern auch ohne Unterschied der Nationalität als Freund von allen denen begrüßt, die mit ihm an dem Beratungstisch zusammen kamen. In dem wunderbaren Erfolge von Locarno ist nicht nur der Ertrag der Bemühungen des jetzigen Außenministers zu erkennen; Locarno ist das Ergebnis einer langen und unermüdeten Vorbereitung, die ihren wahren Wert durch den jetzigen glücklichen Abschluß erhalten habe.

In seiner Antwort auf den Trinkspruch auf die Flotte erklärte Lord Beatty: Ganz natürlicherweise wird nach einem großen Kriege gefordert, die nationalen Streitkräfte herabzusetzen, von denen das Schicksal des Landes in Zeiten der Gefahr abhängig ist. Aber nach allen großen englischen Kriegen hat es Gefahren gegeben. Daher muß man sich an die gegebenen Tatsachen erinnern, die den Bestand einer angesehenen britischen Flotte verlangen. Die britische Flotte besteht, um den Frieden der Welt zu erhalten und das britische Reich zu sichern.

Durch den Vertrag von Washington ist die Stärke der Flotten der Großmächte endgültig festgesetzt worden, sowohl Großkampfschiffe und Flugzeugtransporter als auch in Betracht kommen. Die Politik der Regierung besteht in Uebereinstimmung mit diesen Verträgen, in der Innehaltung des Ein-Mächte-Standards, der Gleichheit mit der stärksten Flottenmacht.

Die Sicherheit des britischen Reiches, das sich über die ganze Erde erstreckt, erfordert eine besondere Berücksichtigung der Kreuzerfrage. Die Welthandelsrouten, von denen England in bezug auf seine Ernährung und die Versorgung seiner Industrie mit Kohlenstoff abhängig ist, sind keineswegs kürzer oder weniger verwickelt als im Jahre 1914. England ist vielmehr heute nicht weniger, sondern tatsächlich mehr von ihrer Sicherheit abhängig. Man hat gefordert, daß sich die Verhältnisse geändert haben, da England im Jahre 1914 einem mächtigen Feinde zur See gegenüberstand und daß diese Drohung heute verschwunden ist und somit für das Reich heute auch kein Anzeichen für eine Gefahr mehr besteht. Dies trifft zu und ist vollkommen in Betracht gezogen worden. Die Flottenpolitik ist dementsprechend eingerichtet worden. Im Jahre 1914 besaß England 108 Kreuzer. Heute besitzt es noch 59, die teils im Dienst, teils im Bau sind und teils auf Stapel gelegt werden sollen.

Im Jahre 1914 befand sich England dadurch in einem sehr großen Vorteil, daß es in der Lage war, die Ausgänge für die zum Angriff auf den britischen Seehandel bestimmten feindlichen Schiffe zu beherrschen. Trotzdem aber war die Anzahl der England zur Verfügung stehenden Schiffe für diesen Zweck kaum ausreichend. Einer so günstigen strategischen Lage sieht man sich jedoch in dem bedauerlichen Fall eines Krieges mit irgendeiner anderen Macht nicht gegenüber. Daher würde dann der Bedarf an Kreuzern und an Schutz, den sie bieten, größer sein als im Weltkriege. Ich persönlich und, wie ich glaube, jede Admiraltät, kann daher der Behauptung, daß die Zahl unserer Kreuzer unangemessen hoch ist, niemals zustimmen.

Der Staatssekretär für das Luftfahrwesen, Sir Samuel Hoare, erweiterte den Trinkspruch auf die Luftflotte: Die britische Luftabwehr ist in den letzten 12 Monaten wesentlich verstärkt worden. Das Fliegen, die größte Entdeckung des 20. Jahrhunderts, hat der Welt wenig mehr gebracht, als auch die Luft den jüdischen Auseinandersetzungen der modernen Kriegführung zu öffnen. Sollen aber wirklich die Kräfte des Krieges in der Atmosphäre die Oberhand behalten, die doch dazu bestimmt ist, im Zeichen des Friedens zu stehen? Er habe die Hoffnung, daß mit dem Abkommen von Locarno sich über Europa „neue atmosphärische Bedingungen“ ausbreiten, die Wolken des Krieges sich zerstreuen und einen heiteren und klaren Himmel hervortreten lassen werden, so daß die Luftfahrt für die Menschheit ein Segen wird und kein Fluch, in dem es Streit und Argwohn, Furcht und Haß ausarten lassen können.

Sanierungsdebatten in Paris.

Kopfstener und Staatsbeteiligung an Unternehmungen abgelehnt.

Paris, 10. November. (WZB.) Ueber den Verlauf der Montagsnachmittags abgehaltenen Sitzung des Kammerausschusses für Finanzen ist zu berichten: Die vorgeschlagene Kopfstener von 20 Francs für die Dauer von 14 Jahren wurde abgelehnt.

Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriant stellte den Antrag, statt der im Regierungsentwurf vorgesehenen Maßnahme einer Abgabe vom Kapital die Beteiligung des Staates an sämtlichen, hohen Gewinn abwerfenden Unternehmungen einzuführen. Dieser Antrag wurde mit 15 gegen 15 Stimmen bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

Die Auswirkungen des Attentatsplans.

Der „Avanti“ verboten.

Rom, 10. November. (WZB.) Gestern nachmittag hat die Polizei die Direktoren des „Avanti“ und der kommunistischen „Unita“ in Mailand befehligt und Durchsuchungen, die allerdings erfolglos geblieben sein sollen, vorgenommen; sodann wurden die Räumlichkeiten verriegelt.

Beiden Chefredakteuren wurde ein Präkturdekret übergeben, welches die Einstellung der beiden Blätter verfügt wegen ihres ständigen Kampfes gegen das faschistische Regime, und weil die Blätter trotz wiederholter Ermahnungen auch nach Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen Mussolini ihre aufreizende Haltung nicht geändert hätten.

Der Wasserbudiker.

An der Schwelle ist man gerade dabei, eine Zille „durchzulassen“, die ohne weiteren Aufenthalt in Berlin ihre Reise fortsetzen will. Bald ist der „Schlenker“ beendet und schwer zieht die Zille ihres Weges. Pflösch legt sich längs des Ufers ein kleiner Kahn, beladen mit Dingen, die man vom Ufer aus nicht gleich erkennen kann. Es ist der Wasserbudiker, der mit seinem „Unternehmen“ wahrlich kein leichtes Leben hat und hinterher sein muß, wenn er etwas aus seinem Bestand verkaufen will. Diesmal hat er Glück. Die Frau des Schiffers erscheint und deckt ihren Bedarf, soweit ihn eben noch ein Kleinhändler decken kann. Bald ist das Geschäft erledigt, der Händler verläßt die Längschißseite und die Zille zieht dem Reisezettel weiter zu.

Selten hat der Wasserbudiker einen guten Geschäftsgang zu verzeichnen. Vor dem Kriege war eine größere Anzahl der ihren Beruf auf dem Wasser ausübenden Händler zu verzeichnen, die sich aber während der schweren Kriegsjahre erheblich verringerte und nach dem Kriege in Berlin wohl bis auf zwei Mann zusammenschmolz. In der Inflation war der Geschäftsgang lahmgelegt. Und erst allmählich, mit der Stabilisierung der Mark, konnte der Wasserbudiker darangehen, wieder sein Lager aufzufüllen. Und er muß, wenn auch nicht alles, so doch vielerlei, führen, sei es nun Brot, Schiffsbisen, Würst, Zigaretten oder Nähadeln und Zwirn. Will er auf seine Kosten kommen, so muß er ganz genau den Schiffahrtsverkehr beobachten, denn haben die Zillen oder Schleppdampfer erst einmal angelegt, dann ist es mit dem Geschäft aus, und der Schiffsbewohner deckt seinen Bedarf am Lande, wo er selbstverständlich billiger kauft als beim Händler auf dem Wasser. Wenn der Abend bereits seine Schatten niederstreckt, pendelt unser Händler nur noch auf und ab, angestrengt nach einem Kunden auspäht. Wenn er dann nach „Geschäfts-schluß“ darangeht, Kasse zu machen, so entdeckt er immer wieder von neuem, daß auch dieser Tag nur fargen Gewinn gebracht hat. Unsere Zeit ist hart. Auch der Wasserbudiker muß kämpfen, um sein Dasein weiter fristen zu können.

Der Potsdamer Prozeß.

Die Gräfin im Auto, die Proletarierin in der Grünen Minna.

In den Gefängnissen in Potsdam fährt um 9 Uhr ein vornehmes Auto, die Angeklagte von Bothmer steigt ein. Hinter dem gräflichen Auto aber fährt sofort die Grüne Minna vor. Eine kleine ormselige Frau aus dem Volk steigt aus, verhärtet, vergrämt. Dieses Bild trauer Gegenläge ist die vorweg genommene richtige Illustration zu den warmen Worten, die ein wenig später der Vorsitzende über das Recht der Angeklagte spricht.

Im Gerichtssaal herrscht Kühle. Das sensationslüsterner Publikum hat die Dampfheizung durchbrochen. Staatsanwalt und Vorsitzender halten den „Vorwärts“ breit vor sich. Der Prozeß beginnt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Westerkamp, kommt auf die „Vorwärts“-Notiz zurück und liest sie vor. Jeder Angeklagte, so meint er, muß die Möglichkeit haben, sich vor Gericht so zu verteidigen, wie er es für seine Entlastung am zweckmäßigsten hält. Die Prozeßleitung wird dagegen nichts einzuwenden haben, wenn das Verhalten eines Angeklagten der Würde des Ortes und des Gerichtshofes entspricht. Dieses Recht hat in Potsdam jeder Angeklagte, nicht nur die Gräfin. Man wird sich diese hübschen Worte für andere Prozesse merken. Er erwähnt, daß der Angeklagte das Automobil gestohlen werden muß, wenn sie es bezahlte. Das Photographieren hat der Vorsitzende gestern verboten.

Kriminalassistent Rüdiger-Potsdam und Frau Springer, die Portierfrau im Hause Markgrafstraße, werden vernommen, wissen aber nichts Wesentliches zu melden. Dem Fräulein Lukas, Friseurin in Berlin, hat die Gräfin v. B. viele Sachen zum Kauf angeboten, Tischdecken, Römer usw. Die Gräfin sagte, daß die Sachen von dem abgestürzten Potsdamer Regierungsrat von Leubinder stammten. Fräulein Lukas erkennt die Sachen im Gerichtssaal als die wieder, die ihr zum Kauf angeboten worden sind. Die große Tischdecke hat die Jungin auch gekauft. Auch sie stammt vom Präsidenten Ried. (Bewegung im Zuhörerraum.) Die Gräfin erbot sich damals auch, Bücher zu bringen. Aber wer kommt gegen die Gräfin auf? Sie streitet. Sie berichtet, sie redet die Jungin schachmatt, und der Herr Graf spricht auch, und draußen warren andere Zeugen. Vor dem Staatsanwalt steht ein gechliffenes Seckglas, auch bei Rieds gestohlen, aber die Angeklagte protestiert. Römer werden auf den Beweisstisch gestellt, der bestohlene Präsident zögert: „Ich weiß nicht genau, ob das alles meine Römer sind.“ Damals, als er bestohlen war, da wußte er es doch so genau. Aber er ist ja 81 Jahre. Am 24. August ist die Gräfin zu Fuß in die Leibnizstraße gekommen und hat dort einen Römer angeboten. Man lehnte dort ab, die Gräfin bot auch Silberfachen an, auch angeblich von dem abgestürzten Herrn Leubinger. Der erste Staatsanwalt gibt die Erklärung ab, daß Frau Leubinger sich in günstigen Verhältnissen befindet und nie Sachen verkauft hat.

Die Vergnügungssucht des nationalen Bürgerturns.

Wir leben im Stadium stärkster wirtschaftlicher Depression. Kein Tag vergeht ohne Arbeiterentlassungen, kein Tag, ohne daß die Kurve der Arbeitslosigkeit beängstigend ansteigt. Der Bürger jedoch amüsiert sich mit einer Ausdauer und Hingabe, die in unerfreulichem Gegensatz zur wirtschaftlichen Lage der breiten Volksmassen steht. Ein „Ballkalender“, den die „Montagspost“ veröffentlicht, strahlt allem Gerede von „schlechter deutscher Art“ Lügen. Da ist am 10. November ein Ostmarkenball im Zoo, ein Ball der russischen Kriegsbeschädigten im — Eplanade (das müssen sehr glatte Kriegsbeschädigte sein!), am 13. November tanzt der Berliner Tennisverband, da ist ein Kolonialball in der Philharmonie, die elektrotechnische Industrie jagt im Eplanade, der Deutsche Offiziersbund, der sich besonders stark für deutsche Sitte, Zucht und Art einsetzt, darf bei dem Amüsement nicht fehlen. Einem Ballenfest folgt tags darauf ein Balkrummel des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die „Stagerat-Gesellschaft“ (?) wagt sich im Marmoraal im Zoo bei erstklassigen Kapellen in den marktschreierischen Franzosen nationaler Klänge. Bemerkenswert ist, daß in allen diesen Vereinen die „nationalen“ Tendenzen sehr stark überwiegen. Aber noch der Aushungersungsrevolte der Großhändler haben sie es ja auch! Es sind aber vielfach auch dieselben Leute, die sich, wenn die Partei mal ein Banner weht, wenn die Republikaner den Verfassungstag feiern, wenn die Jugend ihre bescheidenen Feste begeht, über die vergnügungssüchtigen Massen schimpfen!

Kunst in die Schule!

Männer mit Lichtswart und Zucht haben das schon vor Jahrzehnten gefordert, jetzt hat es der Bund für Kunstausstellungen in Schulen in anerkannter Weise verwirklicht. Die Ueberlicht in der Textilfachschule zeigt einen sehr instruktiven und für Schüler fastlichen Durchschnitt der zeitgenössischen Kunst aus allen Lagern der Malerei und Plastik vom reinsten Naturalismus über Im- und Expressionismus zum heutigen Irtischen und konstruktivistischen Kunstschaffen. Der 2. Vorsitzende des Bundes, Dr. Hilpert, hielt die Festrede. Der Bund, der jetzt 200.000 Mitglieder zählt, will vor allem die Schüler verstehen lehren, ihnen das richtige Sehen beibringen. Er will Künstler und Lehrer zusammenschließen für die Arbeit an der Jugend und veranstaltet zu dem Zweck Führungen in Künstlerateliers und bringt durchweg Originale; Reproduktionen nur zum kunsthistorischen Verständnis. So macht er die Schüler, indem er sie den Gegenwärtigen berühren läßt, reif, sich zwischen Skulpturismus und Taylor-

system zurechtzufinden. Die Stadtschulräte Rydahl und Professor Dr. Helmecke dankten namens der Stadt für die Bereicherung des Volkslebens und wünschten der Ausstellung guten Erfolg. Dann eröffnete Oberstudiendirektor Professor Flemming in seiner Schule die Kunstschau. Schüler der X. Berufsschule boten am Anfang und Schluß gute Musik. Die Ausstellung befindet sich in der höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Straße 3. Am Mittwoch, den 11. und 25. November, finden Vorträge statt, die unmittelbar in die Arbeit der Künstler einführen.

Ein Kriegsheld aus der Etappe.

Der Separatistenführer Freitag vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Marquardt die Verhandlung wegen Totschlags gegen den Kaufmann Erich Freitag. Die Bluttat selbst ist im Rheinland geschehen und wird auf Anordnung des Justizministeriums wegen der besonderen Umstände hier in Berlin verhandelt. Freitag wird beschuldigt, am 15. November 1923 während des Separatistenaufstandes im Rheinland den 17-jährigen Peter Staffel vorfälschlich getötet zu haben.

Der Angeklagte befand sich als Kurier der Separatistendivision „Rang“ mit einem dichtbesetzten Lastauto und einem Personenauto auf sog. „Requisitionswegen“. Als die beiden Fahrzeuge in Homburg in der Nähe von Honnef angelangt waren, wurden die Separatisten von der dortigen Bevölkerung, die eine feindliche Haltung annahm, hart bedrängt. Obwohl aber niemand von der Menge bemerkt war, soll nun Freitag, der mit dem Chauffeur allein auf dem Führersitz saß, sofort mit seinem Jagdgewehr rücksichtslos auf die Leute hineingeschossen und so den jungen Staffel durch eine Kugel in den Mund getötet haben. Freitag ließ sich dann später in Berlin-Schöneberg nieder, wo er eines Tages entdeckt und verhaftet wurde. Ein Antrag des Staatsanwalts auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit wird von dem Gericht nach kurzer Beratung abgelehnt.

Freitag, dem der Ruf eines der rücksichtslosesten und gewalttätigsten Führer der Separatisten vorausgeht, wurde von dem Landgerichtsdirektor Marquardt mit scharfen Worten ermahnt, hier vor Gericht vor allen Dingen ruhig und anständig zu bleiben. Die ihm zur Last gelegte Tat streitet der Angeklagte mit lauter und fester Stimme ab. Nach der Schilderung seines belanglosen Werdegangs — er war Schreibschüler bei einem Rechtsanwalt — macht er folgende Angaben: 1912 war er freiwillig zum Militär gegangen. Nach Kriegsabbruch war er voll ausgebildeter Soldat und wollte ins Feld hinaus. Bei Ueberbreitung der Grenze bei Aachen bekam er einen Hirschschlag. Nach Wiederherstellung seiner Gesundheit wurde er vom Regiment wieder nach Belgien geschickt. Kaum war er in Lüttich, als er erkrankte, angeblich durch vergiftetes Brot. Er war dann im Krankenhaus und erhielt von dort aus Erholungsurlaub zu seinen Eltern. Als das Regiment ihn wieder ins Feld schicken wollte, bekam er infolge der „Aufregungen“ Rerpenzudungen. — Die Verhandlung geht weiter.

73 000 Mark Falschgeld entdeckt und beschlagnahmt.

Der mutmaßliche Täter verhaftet.

Falsche Zehnernotenmarktscheine wurden anfangs August d. J. in größerer Zahl in Berlin in den Verkehr gebracht. Sie waren im allgemeinen gut nachgeahmt, nur ein kleiner Fehler machte sie kenntlich. Als Vermittler zur Verbreitung dienten Leute, die aus dem Osten hierher zugewandert sind. Ende September wurde als mutmaßlicher Hersteller ein Steindrucker Richard Pifster festgenommen, der wegen Fälschung von Briefarten und Vertrieb falscher Bonnoien im Jahre 1919 bereits vorbestraft ist. In seinem Schlupfwinkel in der Invalidenstrasse fand man noch 1043 falsche Zehnernotenmarktscheine. Pifster bestritt die Herstellung. Nach der Verhaftung tauchten keine Fälschungen dieser Art mehr auf. Erst in der letzten Zeit wurden sie im Südwesten der Stadt wieder ausgegeben, und zwar von einem älteren Ranne. Dieser Ranne wurde schließlich in der Person eines 54 Jahre alten Maurerpoliers Johann Andrikt aus der Schleiermacherstraße verhaftet. Er hatte keinen Falschgeld bei sich. Auch in seiner Wohnung fand man keine, wohl aber einen Kaffiber von Pifster. Die Vermutung der Beamten, daß Andrikt irgendwo Falschgeld versteckt habe, bestätigte sich durch eine Nachforschung bei seinen Verwandten. Bei einem von diesen fand man in der Ahornallee zwei Pakete, die Andrikt in Verwahrung gegeben hatte, ohne von ihrem Inhalt etwas zu sagen. Sie lagen auf einem kleinen Hängeboden über dem Kofett. Das eine enthielt 73 000 nachgemachte Zehnernotenmarktscheine, die zu zweien noch zusammenhängen und noch nicht ganz fertig waren. Bei der Entdeckung dieses wichtigen Fundes verlor Andrikt plötzlich sein Erinnerungsvermögen. Nach diesem Funde unterliegt es aber keinem Zweifel mehr, daß Pifster und Andrikt die Hersteller der Fälschungen waren. Die Werkstätte und die Hauptgeräte sind aber immer noch nicht ermittelt. Kriminalkommissar von Liebermann in der Falschgeldabteilung der Reichsbank in der Kurstraße 49 nimmt Mittelungen hierzu entgegen.

Eine neue Fälschung ist auch in Leipzig, und zwar zuerst auf der letzten Leipziger Messe aufgetaucht. Es handelt sich um eine Nachahmung der Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark, Ausgabe vom 11. Oktober 1924. Sie ist am sichersten am Kopf des Frauenbildes auf der Vorderseite der Note zu erkennen. Auf der falschen Note ist das Gesamtbild verschwommen. Auf die Erregung der Fälscher hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 6000 Reichsmark ausgesetzt. Mittelungen an Kriminalkommissar von Liebermann.

Der unerhörte Fall von Sabotage einer Volksversammlung.

Der unerhörte Fall von Sabotage einer Volksversammlung hat sich gestern (Montag) Abend in Saalbau Friedrichshain ereignet. Eine große Wohlfahrtsvereinigung in Berlin mietete bereits im September den großen Saal im Saalbau Friedrichshain für den Abend des 9. November zur Veranstaltung eines öffentlichen Vortrages über das Thema: „Heraus aus dem Sump!“ (Wohnungs-, Jugend-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Sittennot!) Reichs- und Landesbehörden, Reichs- und Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete waren eingeladen und hatten teilweise bereits ihr Erscheinen zugesagt, sowie ferner rund 500 Vereine und Verbände. Die Versammlung hat aber nicht stattfinden können, und Tausende mußten vor den verschlossenen Pforten wieder umkehren, weil das Alkoholkapital durch brutale Terroristen unter Androhung von Gewalttätigkeiten einen anständigen Gastwirt zum Vertragsbruch gezwungen hat, so daß er sich außerstande sah, den Saal für die Versammlung herzugeben. Auch Oberbürgermeister Böck, der bereits im Begriff war, sich zu der Versammlung zu begeben, mußte davon Abstand nehmen. Es handelte sich um eine Versammlung der Guttempler, die die entsetzlichen Missetaten unserer Zeit einmal öffentlich aufzeigen wollten. Dieser unglückliche Vorfall von Unternehmerterrorismus des Alkoholgewerbes wird bestimmt noch weitere Kreise ziehen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Heute abend, 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Senefelder Straße 7, Mitgliederversammlung. Thema: Arbeiterbewegung und Kulturfragen. Referent Emil Borch. Gäste können eingeladen werden.
24. Wkt. Koblentz wird gewöhnlich in den bekannten Vorlesern.
28. Wkt. Seite. Dienstag, abends 8 Uhr, Sitzung der Reichsachtelkommission bei dem Christingalster.
74. Wkt. Zehlendorf. Die für Mittwoch angelegte Mitgliederversammlung findet heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Wilsing, Potsdamer Str. 25, statt und nicht am Mittwoch.
111. Wkt. Bohnsdorf. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Heilmann, Baitzendorfer Straße, Zehlendorf.

Gewerkschaftsbewegung

„Vaterländische“ Arbeitsvermittlung.

Was ein Stahlhelm-Mitglied in Mecklenburg erlebte.

Seitdem der „Landbund“ seinen Bedarf an „Lanarbeitern“ in Mecklenburg infolge der Aufhebung der Gemeindefälle nicht mehr decken kann, ist nunmehr der „Stahlhelm“ dazu übergegangen, durch Versprechungen aller Art vor allem jugendliche Arbeiter heranzuziehen. Er hat allorts Arbeitsvermittlungstellen gegründet, durch die unsere Großagrarier mit billigen und arbeitswilligen Arbeitskräften versorgt werden sollen. Die durch ihn vermittelten Arbeiter müssen natürlich bis auf die Knochen „vaterländisch“ gefinnt und Mitglieder des Stahlhelms sein. Diese Art Arbeitsvermittlung dient natürlich in erster Linie der rückfälligen Ausbeutung der „nationalen“ Arbeitskräfte. Die Zustiftung eines Jung-Stahlhelm-Mannes an unser Vespiger Parteiblatt gibt darüber einwandfreie Auskunft. Dieser durch eine völkische Arbeitsvermittlung eingekaufene junge Mensch war mit seinen Kameraden für eine „Expedition“ nach Mecklenburg gewonnen worden. Man hatte ihnen neue Uniformen, Schuhe, Urlaub und freie Fahrt hin und zurück und einen Stundenlohn von 40 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit versprochen. Wie die nocte Wirklichkeit aussah, zeigt sein Bericht:

„Kam in Mecklenburg angekommen, merkten wir nur allzu bald, wie man uns belogen hatte. Wir haben uns nämlich verraten und verkauft als Arbeitskulis an die Großagrarier. Statt eines Stundenlohns von 40 Pf. erhielten wir 21 Pf., abzüglich 65 Pf. pro Tag, so daß ein Stundenlohn von 17 1/2 Pf. übrig blieb. Von Uniform, Schuhen und Fahrtvergütung war keine Rede mehr. Aus der neunstündigen Arbeitszeit wurde eine dreizehnhündige Akkordarbeitszeit. So mußten wir, ob wir wollten oder nicht, unser Schicksal ertragen. Nähen konnten wir uns nicht, denn wir unterstanden einem Streikverbot. Während wir 13 Stunden täglich schulteten, hatte die Führerschaft nicht veräumt, ihr Schicksal zu sichern. Die Großagrarier verpflichteten sich, für die Zuteilung der Beute pro Morgen 7 Pf. an die Führerschaft zu zahlen. Da auf 10 bis 15 Gütern etwa 100 Mann untergebracht waren und der Grundbesitz pro Besitzer 3000 bis 5000 Morgen betrug, kann man sich ausrechnen, was für die Führer heraussprang. Während die Herren deutschnationalen und völkischen Führer in Sekt und Wein schwelgten, sind viele meiner Kollegen heute arbeitslos und brotlos.“

Man sieht, die „Arbeitsvermittlung“ des Stahlhelms hat nicht allein den Zweck, Rekrutenkontingente für das völkische Mecklenburg zu schaffen, sondern auch den, eine gelbe Arbeiterbewegung zu züchten, mit Hilfe derer man die Löhne der Lanarbeiterschaft zu drücken vermag. Das Geld, das die Agrarier in Stahlhelm, Werwolf und Jungdo stecken, soll sich also doppelt rentieren auf dem Umweg über den „Stahlhelm“ zum Streikbrecherverband.

Heraus mit Hoffstandsarbeiten!

Die Hauptfunktionäre der Berliner Bezirksverwaltung des Deutschen Reichsbundes beschäftigten sich in ihrer Sitzung vom 9. November mit den seit Wochen ständig steigenden Erwerbslosenziffern. Sie kamen zu dem einstimmigen Beschluß, daß hier sofort mit allem Nachdruck einzugehen ist, damit die mit jedem Tage schärfer werdende Notlage der Arbeitslosen schneller Vinderung erfährt. Eine in diesem Sinne gefasste Entschliessung an die Generalsammlung, die sich an den Ortsausschuß des A.D.B. richtet, daß dieser mit voller Kraft für die Beschaffung von Hoffstandsarbeiten bei den städtischen und Landesbehörden sich einzusetzen hat, fand einstimmige Annahme.

Es wurde beschlossen, diese Entschliessung der Funktionäre schon vor der Generalsammlung dem Ortsausschuß zu übermitteln, damit seine im Sinne der Entschliessung erforderliche Tätigkeit sofort beginnen kann. Von der Generalsammlung, die in den nächsten Tagen stattfindet, wird erwartet, daß sie der Entschliessung der Hauptfunktionäre einstimmig beitrifft.

Unbillige Härte.

Ein Fleischer, der 1 1/2 Jahre bei der Firma Bruno Roschwig beschäftigt war, erlitt einen Betriebsunfall, der ihn auf das Krankenlager warf. In einem der ersten Tage seiner Krankheit erhielt der Fleischer die Kündigung. Er wandte sich an das Gewerbegericht, da die Kündigung einen Fall unbilliger Härte darstellt, wie er kraßer kaum gedacht werden kann.

Nun behauptete der Vertreter der Firma, der Fleischer sei bei der Arbeit so nachlässig, so faul gewesen, daß nur aus diesem Grunde seine Entlassung erfolgt sei. Tatsachen, die diese Behauptung stützen können, konnten aber die von der Firma gestellten Zeugen nicht anföhren. Mit Recht wurde dem Vertreter der Firma entgegengehalten, daß sie einen ihrer Meinung nach unbrauchbaren Arbeiter wohl nicht 1 1/2 Jahre beschäftigt haben würde.

Der dem Kläger zur Seite stehende Vertreter des Zentralverbandes der Fleischer verwies darauf, daß die beklagte Firma schon öfter Arbeiter während der Krankheit entlassen habe, daß sie aber infolge einer Vorstellung des Zentralverbandes die Zulassung gegeben habe, daß solche Fälle nicht wieder vorkommen sollen. Trotzdem sei nun der Kläger während der Krankheit entlassen worden, was um so mehr zu verurteilen sei, als er sich die Krankheit durch einen Betriebsunfall zugezogen habe.

Das Gericht erkannte dahin, daß die Entlassung des Klägers eine unbillige Härte ist und verurteilte die Firma, ihn weiter zu beschäftigen oder ihm eine Entschädigung von 211 Mark zu zahlen.

Hierauf erklärte der Vertreter der Firma, der Kläger solle sich, sobald seine Gesundheit wieder hergestellt sei, zur Arbeit melden, und wenn er nachlässig arbeite, werde er wieder entlassen. — Da scheint man einen neuen Fall von unbilliger Härte vorzubereiten.

Bücherische Ausbeutung.

Wir haben wiederholt auf die Ausbeutung hingewiesen, die die Firmen betreiben, die meist stellungslose kaufmännische Angestellte mit Adressenschreiben beschäftigen. Unter diesen Firmen verdient die Firma Josef Schustermann, Köpenicker Straße 108, besonders Erwähnung zu werden. Hier werden als Adressenschreiber — je nach dem Auftragsbestand — 25 bis 125 Personen beschäftigt. Etwa die Hälfte davon arbeitet im Bureau, die übrigen als Heimarbeiter. Diese Firma zahlt für 1000 Adressen 3 Mark, erhält jedoch dafür von ihren Kunden 9 bis 15 Mark! Der durchschnittliche Wochenverdienst eines Adressenschreibers beläuft sich auf etwa 10 Mark. Davon gehen noch die Beiträge für die Krankenkasse usw. und das Jahrgeld ab. Um Verwechslungen zu vermeiden, wollen wir bemerken, daß bei der Firma Adolf Schustermann, Rungestr. 23-24, die Bezahlung nicht unerblich besser ist. Der niedrigste Satz für 1000 Adressen beträgt dort 3,50 Mark und steigert sich bis zu 5 Mark bei schwierigerem Adressenmaterial.

Noch weniger als die Firma Josef Schustermann zahlt die Firma Robert Lehmer u. G., Wallstr. 16. Dort wird pro 1000 Adressen nur 2,75 Mark gezahlt. Auch hier paart sich die Bewucherung der Angestellten mit der Bewucherung der Auftraggeber.

Gegen die Maßregelung bei der Diskontogesellschaft.

Protest der Stuttgarter Angestelltenchaft.

Gegen die Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden bei der Diskonto-Gesellschaft-Stuttgart, Schattner, fand am Freitag, den 6. November d. J., eine von den Angestelltenorganisationen aller Richtungen einberufene Protestkundgebung statt, die einen gewaltigen Besuch aufwies.

Nach einem einleitenden Referat von Emons-Berlin, der mit aller Schärfe die brutale Personalpolitik des Geschäftsinhabers Mosler-Berlin geißelte, der von 1000 Angestellten in Stuttgart 800 zur Entlassung bringen ließ, kamen zuerst vom D.B.B., ferner neben einer Reihe Vertreter der Betriebsvereinigungen der anderen Stuttgarter Banken die Sprecher des A.L.B., des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Gewerkschaftsrings und des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften zum Wort. — Es wurde allseitig betont, daß es sich bei der Maßregelung Schattners nicht nur um einen Schlag gegen das Mitbestimmungsrecht, sondern um den Versuch der Aufhebung der Koalitionsfreiheit handelte. Sämtliche Organisationen sind nach den gegebenen Erklärungen gewillt, gemeinsam die Interessen der Angestellten zu verteidigen. — Als geradezu ungeheuerlich wurde das Verhalten des Stuttgarter Neuen Tagblatts bezeichnet, das eine Anzeige der Gewerkschaften des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, die sich mit der Personalpolitik der Diskonto-Gesellschaft befaßte, zur Aufnahme abgelehnt, dagegen diese Anzeige nicht an die Gewerkschaft zurückgeliefert, sondern der Direktion der Diskonto-Gesellschaft zur Kenntnis gebracht habe. Mit schärfsten Worten wurde dieses Vorgehen gerade von den am weitesten rechtsstehenden Organisationen gebrandmarkt.

Nach einem Schlußwort von Emons wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, wonach die Verammelten in der Maßregelung eines Führers der Bankangestellten durch die Diskonto-Gesellschaft einen offenen Versuch des Bankkapitals erblickt, den Arbeitnehmern ihr letztes und entscheidendes Recht, das Koalitionsrecht, zu rauben. — Wie überall, geht auch hier das Unternehmertum geschlossen und einheitlich nach zentralen Richtlinien vor. Die Verammelten erklären, daß gegen diese Angriffe des Unternehmertums der gewerkschaftliche Zusammenschluß aller Arbeitnehmer erst recht herbeigeföhrt werden muß. Sie geloben im Sinne des Gemächtegelten, mit verdoppelten Kräften hierfür in den Betrieben tätig zu sein.

Mit dem gegen Verfallung, Gehalt und Tarif verstoßenden Verhalten der Direktion der Diskonto-Gesellschaft hat sich nunmehr das Gericht zu befassen.

Steigende Arbeitslosigkeit.

Köln, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Auch in der vergangenen Woche ist in Köln die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen, und zwar beträgt sie gegenwärtig über 20 000. Für die nächsten Wochen stehen weitere große Betriebseinsparungen bevor.

Der Internationale Ausschuß der Bergarbeiter.

Paris, 10. November. (U.) Der Internationale Ausschuß der Bergarbeitergewerkschaften ist gestern morgen in Paris zusammengetreten, um über die Lage der Bergarbeiter in allen Ländern zu beraten. Vertreten waren England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Polen. Im Laufe der Nachmittagsitzung beschloß das Komitee, das Internationale Arbeitsbureau in Genf zu ersuchen, die Wünsche der Bergarbeiter in bezug auf die Zusammensetzung der Untersuchungskommission entgegenzunehmen, die damit beauftragt ist, einen Bericht über die Lage der Bergarbeiter in der ganzen Welt fertigzustellen.

Koalitionsrecht in Japan.

Aus Tokio wird uns geschrieben: Im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen stehen gegenwärtig zwei von der Regierung ausgearbeitete Gesetzesentwürfe, die dem im Laufe des Monats Dezember zusammengetretenen japanischen Reichstag vorgelegt werden. Der eine der Gesetzesentwürfe befaßt sich mit dem Schlichtungsweien, durch den anderen sollen die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften geregelt werden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Regierungspartei durch die gesetzliche Regelung dieser Probleme bei den nächsten Wahlen

einen Erfolg im Lager der Arbeiter zu erzielen hofft. Die Arbeitgeber rüsten bereits zum Ansturm gegen die Gesetze. Vor allem mißfallen ihnen in dem Gesetz über die Gewerkschaften die Bestimmungen, daß Arbeitnehmer nicht aus dem Grunde entlassen werden dürfen, weil sie einer Gewerkschaft angehören, und daß die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht als Anstellungsbedingung gestellt werden darf.

Die Textilarbeiter in Bombay hungern!

(303.) Ueber die Bedeutung des Streiks der Textilarbeiter in Bombay und ihres heldenhaften Widerstandes wird man sich erst klar, wenn man weiß, daß ihre Lebensverhältnisse schon vor der Einleitung des Streiks so schlecht waren, daß es kein Wunder wäre, wenn die bereits zermürbten Arbeiter nicht die Energie aufgebracht hätten, sich überhaupt zur Wehre zu setzen. Daß sie es getan haben, ist ein jöner Beweis des erwachenden Klassenbewußtseins, und wenn sie unterstützt werden, bedeutet dies nicht nur Solidarität in gewöhnlichem Sinne, sondern es ist eine Anerkennung des Willens zum sozialen Aufstieg im Osten, der auch für die europäischen Arbeiter von großer Bedeutung ist. Auch für Europa ist es wichtig, daß die Hungerlöhne der indischen Textilarbeiter nicht noch weiter herabgesetzt werden.

Was die Streikfrage betrifft, so ist sie unverändert. Zwei bis drei Fabriken haben ihre Tore wieder geöffnet; es stellten sich jedoch nur ein paar hundert Arbeiter ein. Trotzdem die Fabriken alle Vorbereitungen trafen, um die Löhne unter Abzug der vorge-schlagenen Reduktion für den Monat September auszuführen, weigerten sich die um die Fabrik verammelten Arbeiter, das Geld in Empfang zu nehmen. Der Streik wird mit unverminderter Energie fortgesetzt. Doch der Hunger meldet sich und wirft seine Schatten über die Gestirter. Die Blitze der indischen Arbeiter wenden sich nach Westen und die Arbeiter des Westens haben die Pflicht, zu helfen.

Wirtschaft

Kampf um die Wohnstättenbank-A.G. im Reichstag. Das Siedlungswesen hat für reaktionäre Regierungen einen sozialpolitischen, d. h. üblen Beispielschmack. Auch dann, wenn es sich um die Wohnungsfürsorge für Reichs- und Staatsbeamte und für die Vertriebenen von Rhein und Ruhr handelt. Das zeigte sich bei der Beschlußfassung des Reichsrats über den Antrag der Deutschen Wohnstättenbank-A.G., Berlin, ihr den Charakter als Hypothekendarlehngesellschaft zuzusprechen. Obwohl die 1923 gegründete Bank fast seit ihrer Gründung Hypotheken- und Pfandbriefbankgeschäfte auf Grund jeweiliger Ministerialermächtigungen betreibt, obwohl sie dabei bedeutende Erfolge gehabt hat und tatsächlich eine Kasse im Hypothekendarlehenwesen ausfüllt, das sich bisher um Siedlungen nicht kümmerte, suchten die drei reaktionärsten Regierungen Deutschlands, Bayern, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin, die Genehmigung im Reichstag zu hinterziehen. An sich liegt nicht viel daran, denn die übrigen Staaten (mit Ausnahme Hamburgs) haben den Antrag genehmigt. Aber die besonders von Bayern vorgebrachte Begründung der Ablehnung läßt erkennen, wie sehr Reaktion und privatrechtliches Interesse eins sind, sobald die Wähler mal etwas weiter vom Schutze sind. Bayern machte sich das Argument des Bankiergesetzes zu eigen, daß ein Bedürfnis nach der Gründung (!) einer Hypothekendarlehngesellschaft zu Siedlungszwecken nicht bestehe. Es hatte also ganz verschlafen, daß durch die bisherige Tätigkeit der Wohnstättenbank als Hypothekendarlehngesellschaft schon bewiesen war und daß es sich überhaupt nur um die juristische Umwandlung eines schon bestehenden Instituts handelte. Dann machte sich Bayern das weitere Argument der Unternehmer zu eigen, daß keine Gewähr bestehe, daß mit Staatsmitteln arbeitende Institute ihre Zwecke ganz richtig durchführten. Natürlich fehlte auch der föderalistische, spezialbayerische Welter, der sich gegen eine neue unerwünschte Konzentrierung der Geschäftswelt in Berlin wandte. Mit einer Stärkung der sozialen Wirtschaftsbekämpfung freuzens, wie die Unternehmerpreise behauptet, hat die ganze Sache nicht das mindeste zu tun. Aber man sieht doch, wie ganz und halb deutschnationale und völkische Regierungen auf diesen Unternehmertum hin parieren. Die Beamten der Reichsbahn, der Post, der Reichsbank, die Vertriebenen von Rhein und Ruhr sollten sich das merken.

Versicherung gegen Follerhöhungen. In dem höchstenwilligen englischen Versicherungswesen sind Geschäftsgesellschaften üblich, die bei und Kopfschütteln erregen würden. Einen neuen Geschäftszweig hat jetzt die Furcht vor Follerhöhungen entstehen lassen. In England sind diejenigen Geschäftstreibende, die an dem unveränderten Fortbestehen der gegenwärtigen Zollbehandlung interessiert sind, durch die immer neu auftauchenden Follerwünsche der einschlägigen Industrie schwer beunruhigt. Sie haben nun, wie „Die Textil-Woche“ mittels, mit Erfolg versucht, sich gegen den Schaden, der ihnen aus derartigen Follerhöhungen erwachsen kann, durch Versicherungen zu schützen. Für den Fall, daß der betreffende Schutzzoll bis zu einem bestimmten Termin tatsächlich eingeföhrt wird, erhalten die Versicherungsnehmer Entschädigungen zusammen, deren Höhe sich nach der Zollbelastung der einzelnen Ware richtet. In englischen Importkreisen, die mit Textilwaren handeln, macht man von diesem neuen Versicherungssystem vielfach Gebrauch.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Schuler; Revolution: R. S. Döhler; Polizei und Gendarmen: Felix Rathmann; Anzeigen: H. Glöckler; Schriftlich in Berlin: Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

„Ein Lebenskünstler“
Nach dem Drama von Richard Voß
Der große Erfolg des B. T. L., Potsdamer Straße 38
National-Film-Wechselspielzine an jeder 2. Liffassiale.

„FLORA“
Varieté
täglich 8 Uhr
11 erstklassige
Varieté-
Attraktionen!

Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Etage

Küchen
Riesen-Auswahl, court preiswert!
Ansch.-Küche 100 ... 85 M. 130 M.
Ansch.-Küche 120 ... 95 M. 150 M.
Ansch.-Küche 140 ... 150 M. 215 M.
Ansch.-Küche, 160 ... 35 M. 85 M.

Allg. Ortskrankenkasse f. Berlin-Steglitz
Bekanntmachung
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherungsnehmer werden hiermit zu dem am 17. November 1923, abends 8 Uhr, im Ratskellerhof hierseits, Köpenicker Str. 10, stattfindenden ordentlichen Ausschlußung 1923, eingeladen.
Tagesordnung:
1. Föhierung des Vorstandes für 1923.
2. Rechnungsabrechnung.
3. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres.
4. Beschlußnahme. (1923)
Berlin-Steglitz, den 9. November 1923.
Der Vorstand,
Möckel, Vorstandsver. Koglin, Schriftföh.

Neuerschienen:
Abreißkalender 1926
Preis 2.- R. M.
Kinderland 1926
Preis 1.25 R. M.

Küchenmöbel-Fabrik
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz
Rheumatismus im Schmershaft gegen Gliederrücken, Gicht, Muskel- und Gliederschwäche, Brust- und Rückenschmerzen, Geschwulst usw. wird mit großem Erfolg angewandt mehr seit Jahren als erfolgreich anerkannter
Verb. Burgunder-Pedpflaster
6 Stück 1 M., bei 3 Stück Preis frei Haus
Sicher nicht bei
Berlin N 31, Arthur Mothes,
Swanobader Str. 41, Fernspr. Humboldt 3121.

Adolf Hoffmann
Episoden und
Zwischenspiele
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

Zu haben in allen Vorwärts-Expeditionen, in der Buchhandlung J. H. B. Diez Nachfolger, Lindenstr. 2 und in der Vorwärts-Buchdruckerei, Lindenstraße 3, 4. Hof, 3 Treppen im Kontor.

Quintessen-Tabak
u. Hochwertigsten
aus 45 Jahren
Spezialtabak
Conrad Müller
Königsplatz

Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis med. Wolf, Potsdamer Str. 55
Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. Bülowstr.

Leiterwagen
u. alle ander. Trans-
portgeräte liefert

Gegr. 1891.
Gepp- u. Daunert-Decken
am preiswertesten, besten Fabrikat. Fabrik
Bernhard Strohmeyer, Berlin
Wahlstr. 72 (Untergrundbahn Anhalterstr.)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seeböcker,
und Westen, Nikolai-Platz 2, Ecke Fontanebrunnen,
Reparatur, jed. Art. Muster, Preisverzeichn gratis.

billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71,
1. Etage
Keine Schaufenster-
Reklame, infowegen
billigere Preise

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen, kaulen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulte
Monbijouplatz 12, Hof par.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungszielherung
Telephon: Alexander 4112